

DGB Bezirk Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Vorsitzender des Finanzausschusses
Herrn Lars Harms
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

E-Mail: finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1968

**Stellungnahme zur Bundesratsinitiative zur Änderung
des Kreditwesengesetzes**

Antrag der Fraktion des SSW, Drucksache 20/995

Sehr geehrter Herr Harms,
sehr geehrte Mitglieder des Finanzausschusses,

der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord (DGB Nord) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Nord (ver.di Nord) bedanken sich für die Möglichkeit zu der „Bundesratsinitiative zur Änderung des Kreditwesengesetzes“ (Drucksache 20/995) Stellung zu nehmen.

Das Ziel der Bundesratsinitiative, bundesrechtliche Regelungen zu treffen, die zu Parität von Männern und Frauen in Führungspositionen der Kreditwirtschaft führen, begrüßen wir ausdrücklich.

Der SSW- Antrag nimmt dabei ausschließlich das Kreditwesengesetz (KWG) in den Fokus. In der Landtagsdebatte wurde allerdings deutlich, dass auch andere gesetzliche Regelungen betrachtet werden sollten.

Der Gedanke, einfach das KWG anzupassen, ist nachvollziehbar. Allerdings würde das dazu führen, dass man dann einen Sonderfall für unter das KWG fallende Aktiengesellschaften schaffen würde, ohne dass es einen Grund dafür gibt, diese anders zu behandeln als andere Aktiengesellschaften. Gleiches würde vermutlich für Genossenschaften gelten. Auch spricht der inhaltliche Zweck des KWG dagegen, die Quote in diesem zu regeln.

Richtig im juristischen Sinn wäre es vermutlich, das AktG und GenG anzupassen. Wir verweisen dazu auf die Änderungen im Aktiengesetz, die im Zusammenhang mit dem Führungspositionengesetz von 2021 (FüPoG II) umgesetzt wurden.

6. September 2023

Laura Pooth
Vorsitzende

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Telefon: +4940607766122

laura.pooth@dgb.de
www.nord.dgb.de



Leider können wir nicht abschließend die gesetzliche Verortung beantworten. Eine juristische Debatte dazu unter Einbeziehung der zuständigen Ministerien im Land und Bund erachten wir als sinnvoll.

Mit freundlichem Gruß

gez. Laura Pooth